



## Die aktuelle Lage :

# EU-Ratspräsidentschaft übernommen!

Der Sommer erhält langsam Einzug und der Deutsche Bundestag geht in seine sitzungsfreie Zeit. Als Bundestagsabgeordneter kann ich nun vermehrt Termine im Wahlkreis wahrnehmen, die in der stressigen Zeit liegen geblieben sind. Zudem warten große Aufgaben auf uns. Dazu zählt - neben der Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie - insbesondere auch die EU-Ratspräsidentschaft, die seit Juli bis Ende des Jahres bei Deutschland liegt.

Zu den vordringlichsten Aufgaben der deutschen Ratspräsidentschaft gehören die Verabschiedung des EU-Haushaltsplans von 2021 bis 2027 sowie die Ausgestaltung der künftigen Beziehungen zu Großbritannien. Darüber hinaus geht es um eine gemeinsame Migrationspolitik und den Schutz der EU-Außengrenzen, um Digitalisierung und Klimapolitik.

Noch im Juli soll der sogenannte Mehrjährige Finanzrahmen (MFR), der EU-Haushaltsplan für die Jahre 2021 bis 2027, unter Dach und Fach gebracht werden. Auf dem Tisch liegt ein Kommissionsvorschlag in Höhe von 1,1 Billionen Euro. Mit dem Haushaltsrahmen verknüpft ist ein Wiederaufbaufonds im Umfang von 750 Milliarden Euro. In den laufenden Verhandlungen wird Deutschland streng darauf achten, dass das Geld zweckgerecht verwendet.

Zu den gesundheitspolitischen Lektionen, die die EU in der Corona-Pandemie lernen musste, gehört, dass sie bei der Versorgung mit Arzneimitteln, Medizinprodukten und persönlicher Schutzausrüstung von Drittstaaten unabhängiger werden muss. Die Produktion unerlässlicher Güter – im Gesundheits- wie auch im Sicherheitsbereich – soll wieder in die EU zurückverlagert werden.

In der Corona-Krise besteht auch die Chance für einen beschleunigten Wandel der Europäischen Union zu mehr Nachhaltigkeit und verbesserter Wettbewerbsfähigkeit. Gefördert werden sollten deshalb Innovationen jeglicher Art – von der Künstlichen Intelligenz (KI) über eine europäische Datencloud bis zur Quantentechnologie. Investitionen sollten auch in Technologien zum Schutz des Klimas fließen.

Europa will bis zum Jahre 2050 erster klimaneutraler Kontinent werden. So sollen die Emissionen bis 2030 nicht nur um 40 Prozent gegenüber 1990 verringert werden, sondern sogar um 50 bis 55 Prozent.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert eine faire Lastenverteilung innerhalb der Europäischen Union sowie die Ausweitung des bewährten Europäischen Emissionshandels auf bisher nicht erfasste Sektoren. In der Migrationspolitik steht eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems an.

Die CDU/CSU-Fraktion dringt in dem Zusammenhang nicht nur auf eine Entlastung der Staaten an den

EU-Außengrenzen, sondern auch von Hauptzielstaaten wie Deutschland. Dafür benötigt die EU-Grenzschutzbehörde Frontex mehr Personal. Deshalb setzt sich die Unionsfraktion für einen Personalaufwuchs von bis zu 10.000 Grenzschützern noch vor 2027 ein.



**Die Europafahne auf dem Berliner Reichstagsgebäude.**

Foto: Deutscher Bundestag/Sylvia Bohn

## Aus dem Inhalt

Neues aus dem Bundestag	Seite 2
Wald und Jagd	Seite 3
KSK besucht	Seite 4
Wir sind für Sie da	Seite 4



## Neues aus dem Bundestag

**Unternehmen und Familien entlasten.** Mit dem Zweiten Corona-Steuerhilfegesetz hat der Bundestag finanzielle Erleichterungen für Unternehmen und Familien auf den Weg gebracht. Von einer Maßnahme profitieren wir alle gemeinsam: Die Umsatzsteuersätze werden befristet vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020 von 19 auf 16 Prozent und von 7 auf 5 Prozent gesenkt. Firmen werden unterstützt, z.B. durch die Erleichterung bei der Verlustberücksichtigung für die Jahre 2020 und 2021. Hierdurch sollen Unternehmen in die Lage versetzt werden, ihre Verluste aus den Jahren 2020 und 2021 leichter mit Gewinnen auch aus 2019 verrechnen zu können. Um Investitionsanreize zu schaffen, wird für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die in den Jahren 2020 und 2021 angeschafft und hergestellt werden, die Inanspruchnahme einer degressiven Abschreibung in Höhe von bis zu 25 Prozent ermöglicht. Auch Familien können sich freuen: Das Kindergeld wird um den so genannten „Kinderbonus“ um einen Einmalbetrag von 300 Euro erhöht. Ein Anspruch auf den Kinderbonus besteht für jedes Kind, das im Kalenderjahr 2020 für mindestens einen Kalendermonat anspruchsberechtigt ist. Konkret heißt das: Im September werden zusätzlich 200 Euro ausgezahlt, im Oktober 100 Euro.



stärker aufgewertet. Voraussetzung für den vollen Zuschlag in der Rente sind 35 Jahre Beitragsjahre Grundrentenzeiten, d.h. Pflichtbeitragszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung. Einen reduzierten Zuschlag können Berechtigte bereits ab 33 Jahren Grundrentenzeiten erhalten. Einkommen oberhalb eines Einkommensfreibetrags werden auf die Grundrente angerechnet. Die Zahlung des Zuschlags erfolgt automatisch, ein Antrag ist also nicht erforderlich. Nicht nur die Neurentner werden ab 1. Januar 2021 von der Grundrente profitieren sollen, sondern auch einige der Millionen Bestandsrentner. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 2021 werden deshalb nicht sofort sämtliche Berechtigte in den Genuss des Zuschlags kommen können: Die Neurentner werden ihrer Grundrente beginnend ab Juli 2021 erhalten. Die Verwaltung wird die bestehenden Renten sukzessive bis zum 31. Dezember 2022 überprüfen, wobei zunächst die lebensältesten Berechtigten die Grundrente erhalten sollen. Es wird in jedem Fall rückwirkend ab 1. Januar 2021 gezahlt werden.

**Verordnung zur Änderung der Erneuerbare-Energien-Verordnung.** Wir entlasteten in 2./3. Lesung die Stromverbraucher durch eine Reform der EEG-Umlage, die zum 1. Januar 2021 in Kraft treten wird. Die Entlastung erfolgt durch Haushaltsmittel des Bundes, um so die Energiewende weiterhin finanziell abzusichern. Dies erfordert technische Anpassungen in der Erneuerbare-Energien-Verordnung (EEV). Dort muss ein neuer Einnahmentatbestand für Haushaltsmittel geschaffen werden, den die Übertragungsnetzbetreiber bei der Ermittlung der EEG-Umlage berücksichtigen müssen..

**Aufbruchspaket für Deutschland**  
Steuerliche Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise

-  **Mehrwertsteuersenkung bis Ende des Jahres auf 16 % und 5 %**
-  **Familienbonus: 300 Euro pro Kind**
-  **Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wird für zwei Jahre auf 4.008 Euro erhöht**
-  **Schnelle Liquiditätshilfe für Unternehmen durch Erweiterung des Verlustrücktrags**
-  **Forschen wird belohnt: Für die steuerliche Forschungszulage wird die Bemessungsgrundlage auf bis zu vier Millionen Euro erhöht**

**CDU/CSU**  
Fraktion im Deutschen Bundestag

**Gesetz zur Einführung der Grundrente für langjährige Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung mit unterdurchschnittlichem Einkommen und für weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Altersinkommen (Grundrentengesetz).** Wir beschlossen in 2./3. Lesung die Einführung einer Grundrente sowie Freibeträge in der Grundsicherung und Verbesserungen beim Wohngeld. Mit der Grundrente werden geringe Verdienste mit einem Zuschlag künftig rentenrechtlich



## 2. Nachtragshaushalt beschlossen

Der Deutsche Bundestag hat am 2. Juli 2020 den Zweiten Nachtragshaushalt 2020 und das Haushaltsbegleitgesetz beschlossen. Damit setzen wir das Konjunkturpaket der Koalition im Bundeshaushalt 2020 um. Die Rekord- Neuverschuldung von 217,8 Mrd. Euro ist angesichts der Schwere des wirtschaftlichen Einbruchs infolge der Corona-Pandemie unerlässlich. Wir können gegen die Steuerausfälle von 65 Mrd. Euro gegenüber 2019 und die erheblichen Mehrausgaben zum Erhalt unserer Arbeitsplätze und Unternehmen nicht ansparen. Für dieses Ausmaß gibt es kein Kürzungspotenzial im Bundeshaushalt, jedes Hinterhersparen wäre ökonomisch verheerend.

In den nächsten Jahren werden wir wieder zu ausgeglichenen Haushalten zurückkehren. Wir haben die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen auch weiter im Blick. Dafür sind uns die letzten zehn Jahre nach der Finanzkrise mit Überschüssen von 2014 bis 2019 Vorbild. Dies gelang ohne Steuererhöhungen und

Sonderabgaben. Wir brauchen auch jetzt keinen Corona-Soli, keine Vermögensabgabe oder Reichensteuer. Entscheidend ist Wirtschaftswachstum. Wenn viele Menschen in Arbeit sind und die Unternehmen gute Gewinne machen, werden die Steuereinnahmen automatisch steigen. Gleichzeitig werden wir die Ausgaben auf das Notwendigste beschränkt halten müssen..



## CDU/CSU-Arbeitskreis diskutiert Waldstrategie und Bundesjagdgesetz



Der Arbeitskreis Jagd, Fischerei und Natur der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich kürzlich unter meiner Leitung mit der anstehenden Novellierung des Bundesjagdgesetzes und der Waldstrategie 2050 der Bundesregierung beschäftigt. Axel Heider aus dem Landwirtschaftsministerium erläuterte die geplanten Änderungen im Bundesjagdgesetz, auf die sich die beteiligten Ministerien geeinigt haben.

Der Präsident der "AGDW – Die Waldeigentümer",

Hans-Georg von der Marwitz, erläuterte die Not des Waldes und der Waldbesitzer nach den letzten trockenen Jahren. In der Diskussion wurde klar, dass Wald und Wild zusammengehören, aber auch, dass der stark geschädigte Wald Luft für Naturverjüngung braucht. Gemeinsam müssen Waldbesitzer und Jäger an einem Strang ziehen. Wir werden als Abgeordnete den Prozess begleiten und erwarten nun die Verbändebeteiligung.



**Oben: Tagte mit Abstandsregeln: Der Arbeitskreis Jagd, Fischerei und Natur der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.**

**Unten: Albert Weiler, MdB, stellv. Vorsitzender des Arbeitskreises, Hans-Georg von der Marwitz, MdB, Präsident der "AGDW - Die Waldbesitzer" und links Dr. Axel Heider, Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung.** Fotos: Flasche



## Wir brauchen unsere Spezialkräfte für die Sicherheit unseres Landes

Zu den rechtsextremen Vorfällen habe ich deutlich gemacht, dass es keinen Grund gibt, das Kommando Spezialkräfte (KSK) unter Generalverdacht rechtsextremer Tendenzen zu stellen. Die Mehrheit der KSK-Soldaten steht fest auf dem Boden der Verfassung. All diejenigen, die sich gegen unser Grundgesetz stellen, müssen aus der Bundeswehr entfernt und ggf. strafrechtlich verfolgt werden. Das System der Aufklärung funktioniert.

Ich habe das Kommando Spezialkräfte (KSK), das durch rechtsextreme Vorfälle in Misskredit gebracht wurde, besucht. Eine Arbeitsgruppe untersucht die Vorgänge. Auch im Bundestag wurden weitere Schritte bezüglich des Umgangs mit rechtsgerichteten Umtrieben der Bundeswehr-Eliteeinheit gefordert.

Als verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag wollte ich mir vor Ort ein Bild von der Situation machen und besuchte die Spezialkräfte am Bundeswehr-Standort Calw. Denn, wir brauchen das KSK. Unsere Spezialkräfte sind eine wesentliche Säule der Souveränität Deutschlands. Begleitet wurde ich vom Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Alfons Mais.

Um noch bessere Einblicke in die Ausbildungsinhalte des KSK zu bekommen, sprach ich in Calw mit KSK-Kommandeur und Brigadegeneral Markus Kreitmayr, mit Vertrauens-

personen sowie einigen Kommandosoldaten. Deutschland braucht Spezialkräfte, um Sicherheit zu gewährleisten oder etwa zur Befreiung von deutschen Staatsbürgern aus Geiselhaft. Klar ist aber auch, dass für Rechtsextremismus in unserer Truppe kein Platz ist. Offenbar gibt es in der Sondereinheit strukturelle Missstände. Das will man aufklären, denn auf dem Spiel steht auch das Ansehen der Soldaten, deren überwältigender Teil einen hervorragenden Dienst leistet.

Nach meinem Besuch beim KSK habe ich auch den Eindruck, dass das Problembewusstsein dort vorhanden und gewachsen ist. Die Ministerin hat mutig, schnell und weitreichend reagiert. Eine komplette Auflösung des KSK ist jedenfalls nicht zielführend.



Zu Gast beim KSK in Calw mit Inspekteur des Heeren, Alfons Mais (l.) und KSK-Kommandeur Andreas Kreitmayr (r).

Foto: LuMu

### Wir sind für Sie da!



Markus Flasche



Christoph Wilks



Dr. Svend Moeller



Jörg Grünhagen



Uwe Moldenhauer

#### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 7 23 20  
Fax 030 / 227 – 7 63 20  
Henning.Otte@bundestag.de

[www.henning-otte.de](http://www.henning-otte.de)

#### Büro Celle

Südwall 26  
29221 Celle

Tel. 0 51 41 / 68 98  
Fax 0 51 41 / 68 83  
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Henning.Otte.wk@bundestag.de

#### Büro Uelzen

Celler Str. 1  
29525 Uelzen  
Tel. 05 81 / 9 71 25 43  
Fax 05 81 / 157 36  
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Herausgeber und V.i.S.d.P.:  
Henning Otte, MdB